

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 308

21. April 2004

10. Jahrgang

Das Thema Sicherheit

Die ersten einhundert Tage der Regierung von Oscar Berger gehen ins Land. Sowohl die Regierung als auch die Zivilgesellschaft sind sehr darauf bedacht, einerseits die eigenen Erfolge, andererseits die Erfüllung der Wahlversprechen kundzutun bzw. zu evaluieren. Ein wesentliches Thema, das historisch sowie aktualpolitisch eine grosse Rolle spielt, ist das der Inneren Sicherheit. Zu diesem gehören neben dem stets vieldiskutierten Militär bzw. Verteidigungsressort auch der Umgang mit (Alltags-)Kriminalität, den Jugendbanden, Drogen, Migration und weitere Aspekte. Aufgrund der beständigen Brisanz ist vorliegender ¡Fijáte! spezifisch diesem Themenkomplex gewidmet und spiegelt Ausschnitte der derzeitigen Diskussion in Guatemala wider.

Einführend dazu ein Artikel von Arnoldo Villagrán, der am 29. März 2004 unter dem Titel "Stichworte zur Militärdoktrin" in *Incidencia Democrática* erschienen ist.

Angesichts der Notwendigkeit eines Fortschritts in Sachen Demokratisierung der guatemalteckischen Gesellschaft ist es angebracht, einen Moment inne zu halten, um uns mit der vollständigen Umstrukturierung der Armee auseinander zu setzen, wie sie in den Friedensverträgen festgehalten ist. Wir müssen davon ausgehen, dass Guatemala die Etappe der politischen Transformation noch nicht abgeschlossen hat. Der Übergang wurde stets blockiert und wir wissen noch gar nicht, welches Modell von Armee wir eigentlich gerne hätten.

Der Staat hat bislang das Monopol über den Gebrauch von Macht und Gewalt inne gehabt, repräsentiert durch seine Streitkräfte. Deswegen müssen wir diesen Aspekt als zentralen in der Debatte bedenken und festlegen, in welcher Art und Weise diese Macht genutzt werden soll, damit sie eine Funktion innerhalb eines demokratischen Gesellschaftsmodells übernimmt und gleichzeitig als Hegemonialmacht weniger auf ihre Zwangsmechanismen zurückgreift. Dies lässt sich jedoch nur erreichen, wenn von einer Staatspolitik ausgegangen wird, die einerseits die Sicherheitsfunktion erfüllen kann und andererseits fähig ist, sich auf die nationalen Interessen als Grundlage zu stützen, um weitreichende Strategien und Politikansätze der Verteidigung und Sicherheit innerhalb eines Nationenprojekts zu entwickeln.

Die neue *Militärdoktrin* wird ein Ergebnis dieser ganzen Debatte sein, aber nicht das einzige, bedenkt man, dass es bislang weder Richtlinien noch politische Ansätze gibt, die als Grundlage für deren Formulierung dienen. Es können keine Aktionspläne für eine Politik erarbeitet werden, solange die Strategien nicht bekannt sind, aus denen sie hervorgehen sollen. Das bedeutet also, dass erst einmal eine *Sicherheitspolitik* formuliert werden muss, die all das umfasst, was der guatemalteckische Staat zu realisieren gedenkt, um jenen traditionellen und aufkeimenden Bedrohungen entgegenzuwirken, die in der derzeitigen Situation bestehen.

Es braucht also als erstes die Erarbeitung einer *Sicherheitsagenda*, die die Existenz dieser Bedrohungen mit einbezieht, was wiederum eine Voraussetzung ist, um Guatemala in den Prozess der regionalen Integration einzuführen. Diese umfasst sowohl das wirtschaftliche und politische Feld Zentralamerikas als auch die Schaffung eines Gleichgewichts hinsichtlich der Beziehungen mit dem Ausland und der internen Entwicklung.

Weitere Punkte, die zu entwickeln anstehen, sind *Politik-*

entwürfe zur Verteidigung und Sicherheit. Aus der ersten sollte die Militärpolitik, aus der zweiten die Militärdoktrin hervorgehen. All diese Schritte laufen weder automatisch noch mechanisch ab, sind jedoch unabdingbar, um zu erkennen, welche nationalen, politischen und moralischen Werte die Armee in ihrem Handeln innerhalb eines demokratischen Systems zu leiten haben.

Ausgeschlossen ist, dass allein die Militärangehörigen ihre Doktrin entwerfen. Dies würde das Risiko in sich bergen, die relative Autonomie, die sie immer noch genießen, zu verlängern. Diese Autonomie ist eine Folge der "Verschiebungen", die durch die Aufstandsbekämpfungsmassnahmen ausgelöst wurden und die aus dem Militär eine der stabilsten und hartnäckigsten Institutionen machte. Ausserdem bewahrt sich die Armee immer noch ihren Korpsgeist sowie eine nicht geringe Entscheidungsmacht über staatliche Ressourcen.

Eine wichtige Anforderung für die Formulierung einer *Militärdoktrin* ist unterdessen der Einbezug der Zivilgesellschaft, die sich bislang recht zurückhaltend daran beteiligt hat. Ihre Organisationen waren in den Debatten kaum präsent und zeigten wenig überzeugende Vorschlagsfähigkeiten.

Es muss bedacht werden, dass neue *Militärapparate* geschaffen werden und niemand weiss, in welche Richtung der entsprechenden Umstrukturierungsprozess führt. Wir wollen nicht hoffen, dass wir mittel- und langfristige autoritären Modellen zurückkehren, die denen aus vorherigen Epochen ähneln. Deswegen dürfen wir nicht erlauben, dass die Streitkräfte genau diese Rückkehr vorbereiten. Die Bedingungen dafür könnten sich in den Bündnissen zwischen politischen, unternehmerischen und militärischen Spitzen ergeben. Aus diesem Grund ist es hinsichtlich der Formulierung einer neuen Militärdoktrin notwendig, dass Armee und Gesellschaft gemeinsam die theoretischen, moralischen und politischen Aspekte dafür definieren, welche Richtung das Militär einschlagen soll. Dies wird der Armee neue Werte, und Prinzipien verleihen, die von der Konstruktion der Demokratischen Gesellschaft, der Respektierung der Verfassung, des Rechtsstaats und der Menschenrechte inspiriert und an der Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, der territorialen Unverletzlichkeit und dem Geist der

Friedensverträge orientiert sind.

Was durchaus vom Militär zu erarbeiten ist, ist die operative Seite der Doktrin, also das "Wie" der Disposition, Mobilisierung und Führung der Truppen, Einheiten und Mittel in Kriegs- und Friedenszeiten. Dies wird in jedem Fall, abhängig von der vorhandenen militärischen Technologie, von den Militärs selbst bestimmt werden müssen.

Es ist unabdingbar, dass die bestehende Sichtweise und Konzeption, die von der geltenden *Nationalen Sicherheitsdoktrin* ausgeht, welche heute noch als theoretische Referenz für die Armee fungiert und auf Grundlage derer die Aufstandsbekämpfung im Rahmen des kalten Krieges vollzogen wurde, überwunden wird. Diese Doktrin hatte schon seit Beendigung des Ost-West-Konflikts keinerlei Existenzberechtigung mehr. Auf jeden Fall ist es längst an der Zeit, die Ansätze, Konzepte und Parameter der Demokratischen Sicherheit in die Wege zu leiten. In gleicher Weise ist es notwendig, mit der Konfrontation zwischen den Staatskomponenten zu brechen, die durch die Nationale Sicherheitsdoktrin ermöglicht wurde: Politisches Regime versus Gesellschaft. Es bedarf der Überwindung einer Vision der Menschenrechte, die als eine exotische, von aussen durch die internationale Gemeinschaft auferlegt, betrachtet wird, was letztendlich als Rechtfertigung dafür galt, diese universalen Rechte systematisch zu verletzen. Es gilt zu verstehen, dass die Menschenrechte eine Bedingung für die Entwicklung der Demokratie und dieser inhärent sind. Zudem muss eine klare und definitive Trennung der Funktionen von Verteidigung, Sicherheit und innerer Ordnung geschaffen werden. Immerhin besteht inzwischen das klare Bewusstsein, dass die Funktionen der Verteidigung andere als die polizeilichen sind und dass die Armee seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Demokratie neu zu definieren hat. Solange allerdings die aktuellen Funktionen bestehen bleiben, wird vielmehr die Absicht verfolgt, eine Nationalgarde zu stärken anstatt neue, moderne und professionelle Streitkräfte.

Es braucht also eine Umstrukturierung, Modernisierung und Professionalisierung der Armee. Das bedeutet nicht unbedingt, Spitzentechnologie einzusetzen. Es bedeutet in erster Linie, ihre Mentalität, Werte, Prinzipien, Sichtweisen zu verändern und ein Heer mit einer demokratischen Berufung zu schaffen, das im Dienste seines eigenen Volkes steht und den konkreten historischen Bedingungen unserer Nation entspricht, also multiethnisch, multilingual und plurikulturell zusammengesetzt ist.

Es muss eine Reform des *Gesetzes zur Öffentlichen Ordnung* vorgeschlagen

werden. Inzwischen obsolet geworden, war es eins der in einer gewissen Epoche genutzten Instrumente, das jedoch durch die Realität selbst überholt wurde. Dennoch gesteht es weiterhin der Armee zu, die Kontrolle der Gesellschaft in Krisen- oder Ausnahmesituationen zu übernehmen, ohne aber die Stärkung der zivilen Institutionen zu erlauben. Das Argument, dass zivile Institutionen nicht funktionieren oder nicht existieren, hatte unter vielen Regimes Bestand, während derer absolut nichts dafür getan wurde, diese zu fördern bzw. überhaupt einzurichten.

Dabei stellt gerade die institutionelle Stärkung eine wichtige Bedingung für die Konsolidierung der Demokratie dar. Derweil unterlag diese stets der Resistenz der Herrschenden aufgrund der Befürchtung, die in den Militärdiktaturen oder der vorgeblichen Demokratie gewonnene Macht zu verlieren.

Die Armee sollte endlich anfangen, die historische Rolle zu akzeptieren, die sie im bewaffneten Kampf gespielt hat. Diese wurde systematisch negiert und durch das Infragestellen des Berichts der Wahrheitskommission und des *Projekts zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses* REMHI nahmen die Wi-

dersprüche und die Auseinandersetzungen mit der Gesellschaft zu.

Die Rolle der Armee zu negieren leugnet aber die Wahrheit nicht.

Die Armee steht im Abseits während andere Akteure den Autoritarismus von der Staatsverwaltung her vorantrieben und die Armee dafür bezahlen liessen. Gleichzeitig ist diese von Regierungen wie der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) als Brücke für finanzielle Überweisungen benutzt worden, ohne vom Gewinn bedacht zu werden. Genauso im Trüben befindet sich die Zukunft vieler ehemaliger Offiziere, die nun nicht die Vergünstigungen erhalten werden, die die Lohnzusatzleistungen darstellen, welche sie im Laufe ihrer Karriere im *Militärischen Vorsorgeinstitut* IPM angesammelt hatten, die jedoch von der Mafia, die die vorhergehende Administration anführte, unterschlagen worden sind.

Unter diesen Umständen befinden sich die Gesellschaft, der Staat und die Streitkräfte derzeit vor einer historisch einmaligen Situation, um die Rolle der letzteren neu zu bestimmen und gleichzeitig auch die Beziehungen zwischen den Komponenten und Institutionen des Staates neu zu definieren.

Ein Mann für alle Fälle

Eine der ersten Taten von Berger nach der Übernahme der Regierung war die Ernennung des ehemaligen Generals Otto Pérez Molina zum *Comisionado de Seguridad y Defensa Nacional*, also zum Sicherheits- und Verteidigungskommissar. Eine neu erfundene Figur innerhalb der Regierung – es gibt solche Kommissare auch in anderen Bereichen – obwohl der Name sehr an die berüchtigten *Comisionados Militares* (Militärkommissare) aus der Zeit der Aufstandsbekämpfung erinnert. Interessant ist, dass *comisionado* Pérez Molina (und natürlich alle andern auch) direkt dem Präsidenten unterstellt ist, der seinerseits die oberste Entscheidungsgewalt über das Militär hat. Somit steht er also faktisch über dem Verteidigungsminister César Augusto Méndez Pinela. Die Aufgabe von Pérez Molina besteht darin, die Umstrukturierung der Armee zu begleiten sowie die Reorganisation des Innenministeriums zu unterstützen. Weiter soll er den Entwurf für einen neuen staatlichen Geheimdienst, mit zivilem Gesicht, erarbeiten. Dies ist übrigens eine der Aufgaben, die Ex-Präsident Alfonso Portillo damals an Edgar Gutiérrez delegiert hatte und wofür vor vier Jahren das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) und das *Sekretariat für administrative Angelegenheiten und Sicherheit* (SAAS) gegründet wurden.

Wer ist Otto Pérez Molina, der eine

zentrale Rolle in der Regierung Berger spielt und die Diskussion rund ums Thema Sicherheit massgeblich prägt?

Pérez Molina entstammt der Promotion 1973 der politechnischen Militärakademie, die später den Übernamen "die Gewerkschaft" erhielt. Er machte seinen Abschluss mit Ehre auszeichnungen und wurde anschliessend Kommandant der Sondertruppen *Kaibiles* und der Fallschirmspringer, die im Ixcán operierten. Seine Weiterbildung erhielt auch er in der US-amerikanischen Militärschule *Escuela de las Americas* in Panamá.

Zurück in Guatemala, unterstützte er 1983 den Putsch, der zur Absetzung von General Ríos Montt führte. Sein Name taucht auf im Zusammenhang mit der Ermordung des Guerillaführers Efraín Bámaca, dem Ehemann der US-amerikanischen Anwältin Jennifer Harbury. 1993 wurde er Chef des *Obersten Generalstabs* (EMP) und vertrat das Militär in dieser Funktion bei den Friedensverhandlungen. Dort handelte er sich den Ruf ein, einer der progressiveren Militärs zu sein. Sein öffentliches Leben war aber damit noch nicht zu Ende. Im Jahr 2001 gründete er die *Patriotische Partei*, die später als Plattform diente, auf der die GANA aufgebaut wurde, die Koalition, die Oscar Berger als Präsidenten portierte.

Man munkelt, sein nächstes Ziel sei die guatemaltekeische Präsidentschaft.

Kürzungspläne für's Militär

Guatemala, 2. April. Vor hohen Militärs und RepräsentantInnen der internationalen Gemeinschaft legte Oscar Berger seinen Plan zur Modernisierung der Armee vor. Dieser sieht die Kündigung von 12'109 Stellen, rund 35%, vor, übrig bleiben werden planmässig 15'500 Militärangestellte. Die Modernisierung umfasst zudem die Kürzung des Ressortetats von aktuell rund 1,5 Mrd. auf 780 Mio. Quetzales sowie die Schliessung von Militärbasen. In Funktion bleiben demnach nur die fünf Stützpunkte in Petén, Huehuetenango, Suchitepéquez, Jutiapa und in der Hauptstadt. Noch vor dem 30. Juni soll dies geschehen und so die Ausgaben für die Armee auf 0,33% des BIP gesenkt werden. Verteidigungsminister César Augusto Méndez Pinelo kündigte die Bildung einer Kommission an, die sich der Vermögensverteilung der Militärbestände annehmen wird.

Die Kosten der Demobilisierung belaufen sich laut Finanzministerin María Antonieta de Bonilla auf 400 Mio. Quetzales, welche im Verteidigungshaushalt für 2003 wohl bereits beinhaltet waren. Gleichzeitig ist davon die Rede, dass der Gewinn aus dem Verkauf von Besitztümern des Militärs notwendig sei, um die Kündigungen zu finanzieren. Für die angekündigte, grundlegende Modernisierung der Institution wird laut ExpertInnenschätzungen zudem die Investition von rund 1 Mrd. Quetzales benötigt.

Der *Präsidentiale Kommissar für Sicherheit und Verteidigung*, General a.D.

Otto Pérez Molina skizzierte seinerseits drei Achsen für die Transformation des Staatsressorts: die Umstrukturierung und Modernisierung des Heeres, die Stärkung der zivilen Institutionen, die für die öffentliche Sicherheit zuständig sind und schliesslich die Etablierung eines nationalen Geheimdienstes. Pérez zeigte sich zuversichtlich hinsichtlich der Akzeptanz der Reform in der guatemaltekischen Gesellschaft. "Wir verfolgen die Vision, dass die Guatemalteken bis Ende 2007 über neue Einrichtungen für Sicherheit und Verteidigung verfügen werden", so der ehemalige General.

Die ersten Reaktionen in der Zivilgesellschaft zeugen sowohl von vorsichtigem Optimismus als auch von Zweifeln am Regierungsplan. Als Berger seinen Entschluss, vormals mit der Angabe der Personalkürzung auf 14'000, einige Tage vorher bei einer Veranstaltung in Jutiapa verlauten liess, äusserte sich Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* bereits besorgt hinsichtlich der hohen Kosten und der Möglichkeit, dass die entlassenen Militärs sich aus Frust über die Kündigung Banden des organisierten Verbrechens anschliessen könnten und somit ein Klima der unkontrollierbaren Gewalt auslösen könnten.

Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú erinnert derweil an frühere angekündigte Heereskürzungen, die keine wirkliche Veränderung mit sich gebracht hätten. Die jetzige Massnahme dagegen erscheine ihr als Beweis dafür, dass, wenn es den politischen Willen von Seiten der Regierungsspitze gibt, tatsächlich grundlegende Strukturveränderungen vollzogen werden könnten. Sandino Asturias, Kadermitglied der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG), hält die Entscheidung unterdessen durchaus für ein positives Zeichen, doch warnt er, dass die tatsächliche Reduktion der Armee konkrete Aktionen bedürfe, bevor sie bewertet werden könne. Während Menschenrechtsprokurator Sergio Morales hofft, dass die durch die Kürzung eingesparten Mittel in soziale Programme zugunsten der Bevölkerung fliessen, bezeichnet US-Botschafter John Hamilton den Regierungsbeschluss für historisch. "Das ist ein Zeichen dafür, dass in Guatemala neue Winde wehen", so Hamilton euphorisch. "Man muss dem Heer gratulieren, dass es die Veränderung akzeptiert. Darin spiegelt sich wider, dass es die zivile Macht annimmt."

Derweil hat die Regierung Berger

die Unterstützung der USA bei der Umstrukturierung des Militärs erbeten. Die Stärkung der öffentlichen Sicherheit wird nicht nur in den Friedensverträgen als fundamentaler Aspekt zur Garantie der Demokratie erörtert, sondern stellt auch eine beständige Hauptsorge der Zivilbevölkerung dar, was sich u.a. im Vorfeld der Wahlen im vergangenen Jahr an den Forderungen an die PräsidentschaftskandidatInnen zeigte. Entsprechend besorgniserregend ist, dass manche vorgeschlagenen Massnahmen derweil doch stark an die Zeiten des bewaffneten Krieges erinnern. Auch dazumal, vornehmlich unter Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten und auf den gesamten lateinamerikanischen Kontinent ausgedehnt, wurden die betroffenen Regierungen unter dem Motto der "Counterinsurgency" (Aufstandsbekämpfung) in mancher Hinsicht unterstützt. Militärs und Polizei wurden bis 1984 in Panama, anschliessend im US-Bundesstaat Georgia an der *US-Army School of the Americas* (SOA) darin unterwiesen, wie "gegen den Kommunismus" effektiv vorzugehen sei.

Auch Efraín Ríos Montt genoss eine solche Ausbildung. Während seiner Regierungszeit hat er die SOA-Lektionen lehrbuchmässig angewendet. Eine von diesen war die Nutzbarmachung der von seinem Vorgänger Lucas García bereits in die Wege geleiteten Unterstützung der Armee durch die Zivilbevölkerung in Form der Zivilpatrouillen (PAC). Diesen wird von der Wahrheitskommission und dem Projekt REMHI für rund 13% der Verbrechen während des Bürgerkrieges die Verantwortung zugeschrieben.

Unter dem viel versprechenden Titel "Allianz für den Fortschritt" wurden so genannte "civic actions" in Form von Entwicklungsprojekten durch die USA finanziert. Mit diesen konnten zum einen der Ruf und (wirtschaftliche) Einfluss des "grossen Bruders" gepflegt werden und zum anderen konnte in gewisser Weise die nationale Regierung die Bevölkerung unter Kontrolle halten. Erst kürzlich wurde davon berichtet, dass die US-amerikanische Armee, die unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung inzwischen völlige Bewegungsfreiheit auf guatemaltekischem Terrain genießt, manchen Orts den Bau von umfassender Infrastruktur finanziert und realisiert.

Zu Recht sind demnach auch in der Presse kritische Stimmen zu hören. Dazu die beiden nachfolgenden Artikel.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Dunkle Flecken

Guatemala, 2. April. (*Leitartikel aus Siglo XXI*) Die Kürzung der Streitkräfte als relevanten Aspekt der Modernisierung der Armee Guatemalas, die gestern von Präsident Oscar Berger vorgestellt wurde, wird ohne Zweifel von der guatemalteckischen Gesellschaft willkommen geheissen; nichtsdestotrotz ist diese Initiative nicht ganz frei von noch recht dunklen Flecken.

Es ist offensichtlich, dass Berger zur Schlussfolgerung gelangt ist, dass es notwendig ist, die politischen Kosten und Risiken einer Massnahme in Kauf zu nehmen - nämlich die Reduzierung der Armeeingehörigen - die zweifellos als kühn zu bezeichnen ist. Sie bedeutet die Minimierung der Beteiligung eines der Sektoren, die sowohl während des bewaffneten Konflikts als auch in den letzten Jahren zum Höhepunkt ihrer Zur-Schau-Stellung massloser Macht gelangte. Ferner ist es eine korrekte Massnahme, denn sie trägt dazu bei, dass Guatemala den Weg begeht, den die Mehrheit der modernen Länder begeht, in denen zivile Gebote in Staatsangelegenheiten Vorrang haben. Entsprechend verschiebt oder verringert sich der Einfluss des Militärs in diesen Bereichen. Ebenso bedeutet eine solche Kürzung nicht nur das Schwinden des Aktionsradius der Armee in grundlegend zivilen Angelegenheiten sondern, und das ist noch wichtiger, muss sie eine klare Abnahme der Militärausgaben mit sich bringen.

In diesem letzten Punkt besteht jedoch noch keine Klarheit und es ist an Präsident Berger, gesicherte Erklärungen hinsichtlich konkreter Kürzungen anzubieten. Dazu gehören u.a. die Kosten der Mobilisierung, die Art der Modifizierung des Etats, über den nun der Verteidigungsminister verfügt und v.a. die Quelle, aus der die Entschädigung derer bezahlt werden soll, die vom Dienst suspendiert werden. Es ist beispielsweise zu bedenken, dass das *Militärische Vorsorgeinstitut* (IPM) gerade erklärt hat, dass es nicht über die Mittel für diese Auszahlungen verfüge, die tatsächlich Millionenhöhe betragen, obwohl das Personal seit Jahren seine Rentenbeiträge eingezahlt hat.

Weiter ist es unerlässlich, dass Präsident Oscar Berger sich zu dem angekündigten, bevorstehenden Prozess der Professionalisierung der Streitkräfte äussert und deren zukünftige Arbeitsfelder und Spezialaufgaben erläutert. Wahrscheinlich braucht er zur Lösung mancher dieser teilweise sehr wenig transparenten Punkte noch Zeit. Doch, sind sie einmal definiert, obliegt Berger die Verpflichtung, die Verwendung der finanziellen Mittel durch das Militär für die Gesellschaft offen zu legen.

Eine kleinere Armee... wofür?

Guatemala, 3. April. (*el Periódico*, Rosalinda Hernández Alarcón) Vor dem Applaus für die angekündigte Kürzung der Streitkräfte in Guatemala, sind einige Gedanken angebracht, geht doch die Forderung nach deren Verkleinerung weit über das Interesse hinaus, Staatsausgaben einzusparen. Deswegen teile ich die Meinung derjenigen nicht, die sich übereilt trauen, einer solchen Umstrukturierung Applaus zu zollen, vorausgesetzt, das Volk muss dafür nicht zahlen.

Die Deklarationen des Generals a. D. Otto Pérez Molina haben grosse Relevanz. Man könnte meinen, er habe Recht mit der Behauptung, die Reduzierung von Militäranghörigen übertreffe die Friedensverträge, auch wenn er nicht erläutert, welches die Tragweite über die Etat-kürzung hinaus sind. Kann es sein, dass die Modernisierung bedeutet, sich denen in Dienst zu stellen, die die Kosten für die Entlassung Tausender SoldatInnen finanzieren? Dies ist nicht in den Abkommen vermerkt, die einen Schlussstrich unter den bewaffneten Konflikt zogen.

Andere Aspekte gilt es zu erinnern. Die Vereinigten Staaten kündigten ihre Bereitschaft an, die Reduktion der guatemalteckischen Armee finanziell zu unterstützen, noch bevor Präsident Oscar Berger seine eigene Bereitschaft dazu bekannt gab. Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern hatten die USA ähnliches verkündet und, mit dem Argument der Modernisierung, Veränderungen finanziert, um kleiner Heere aufzubauen. Dahinter verbergen sich klare Absichten. Solche hegten sie auch früher, als sie die *Schule der Americas* in Panama unterhielten, Quelle der Konfrontation und Aus-

bildung von Armeen und Unterdrückern von sozialen Bewegungen.

Die USA haben ureigene Ziele. Eines ist die Flächendeckung der neoliberalen Globalisierung. Ein anderes, die militärische Hegemonie zu bewahren, die einen vermeintlichen Antiterrorkrieg beinhaltet. Die Entscheidung der US-Regierung, die Armeereduktion in Guatemala ökonomisch zu stützen, ist schwierig von diesen Politikansätzen zu trennen. Von diesen gehen weitere aus, so ihr Interesse, die Migrationen und den Drogenhandel in bestimmten Gebieten zu kontrollieren. Dafür ist es vorteilhaft, auf militärische Institutionen zählen zu können, die zwar klein, jedoch gut ausgestattet sind.

Ein anderes Thema haben die Umweltorganisation *Madre Selva* und andere Gruppierungen angezeigt: die Implikation der Minenausbeutung, für deren Erfolg es ein Ambiente des sozialen Friedens bedarf, bringen solche Aktivitäten schliesslich Verschmutzung und Ressourcenverlust *en masse* mit sich. Kann es sein, dass es Verbindungen zwischen der Kriegsindustrie und dem Abbau von Nickel und anderen Mineralien gibt?

Um dem präsentierten Plan zu applaudieren, der die Stützpunkte und Militärangestellten verringern will, muss sich diese Anpassungsmassnahme in die Stärkung eines demokratischen Staates und der zivilen Macht übersetzen. Soll heissen, die Reduktion impliziert eine neue Orientierung der Doktrin und des Denkens, was die autoritären und rassistischen Praktiken der Menschenrechtsverletzungen unterbindet, Aspekte, die vor sieben Jahren in den Friedensverträgen festgelegt wurden.

Big Brother is watching you

Guatemala, 10. April. Der *US-Staatssekretär für die Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre*, Roger Noriega, versicherte bereits kurz nach dem guatemalteckischen Regierungswechsel, dass die Vereinigten Staaten Guatemala weiterhin im Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen werden. Anders als gegenüber der vorhergehenden Staatsführung wurden diesmal keine Zielvorgaben für die Beschlagnahmung von Rauschmitteln oder der Festnahme von Kartellköpfen genannt.

Noriega und der US-Botschafter John Hamilton beantragten vielmehr die Erweiterung des so genannte *Plan Maya Jaguar*, der nordamerikanischen Truppen, Schiffen und Luftfahrzeuge den Zugang auf guatemalteckisches Terrain erlaubt, um "humanitäre Projekte" durchzuführen.

In Bezug auf die Situation der hiesigen MigrantInnen in den USA meinte Noriega, dass trotz der von Präsident George W. Bush vorgeschlagenen Reform

des US-Migrationsgesetzes, nach der MigrantInnen mit der Zusage einer Anstellung eine Aufenthaltsbewilligung in den Staaten für drei Jahre mit Option auf Verlängerung beantragen können sollen, sich kurzfristig nichts verändern wird.

Die Menschenrechtsdachorganisation *Nationaler Rundtisch der Migrationen in Guatemala* (MENAMIG) lehnte den Plan von Bush mit der Begründung ab, die Massnahme verfolge allein politische Ziele, schliesslich befindet sich die US-Nation bereits in der Endetappe des Wahlkampfes, von dem Präsident Bush seine Wiederwahl erhofft. Die MENAMIG fordert anstelle dessen integrale Programme für die guatemalteckischen Menschen auf US-amerikanischem Boden und die Stabilisierung ihres Migrationsstatus, Garantien, die Millionen Personen aus anderen zentralamerikanischen Ländern gewährt würden, deren RegierungsführerInnen erreicht hätten, die Bedingungen ihrer BürgerInnen im Norden zu verbessern.

Sicherheitsmassnahmen

Nachbarschaftshilfe

Mit Ricardo Arturo Sandoval hat der dritte Vize-Innenminister sein Amt aufgenommen. Die Bezeichnung seines Amtes ist wechselseitiges Programm: "Vizeminister für Kommunale Unterstützung". In seiner Zuständigkeit liegt die Pflege enger Beziehungen mit RegierungsvertreterInnen der Departements, Menschenrechtsorganisationen und der Aufruf der kommunalen Unterstützung für die Sicherheitskräfte. Vor allem letzteres wurde in den vergangenen Tagen in der Öffentlichkeit heiss diskutiert. Der Regierungsplan besteht darin, dass die NachbarInnen motiviert werden, darüber zu informieren, wie und wo Kriminelle zu finden sind. Die Idee, Polizei- und SicherheitsagentInnen in eine solche Berührung mit der Bevölkerung zu bringen, beruht auf der Absicht der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), InformantInnen zu haben, die DelinquentInnen denunzieren.

Angehörige von Pro-Justiz-Gruppen fordern den Innenminister dazu auf, erst einmal das Vertrauen in die Polizei wieder herzustellen, bevor die Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt wird. Die Befürchtung, dass manch eineR die Regierungsaufforderung der Denunzierung dazu missbraucht, mittels Falschinformationen missliebige NachbarInnen zu belasten, liegt nahe. Die Intention, die Kommunikation zwischen Nachbarschaft und Sicherheitskräften zu fördern, ist derweil nicht neu. Im Jahr 2002 wurde versucht, eine so genannte Gemeindepolizei einzuführen, ein Projekt, das nach knapp 2 Jahren als gescheitert gelten kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass die Verantwortlichen solcher Operationen repressive Massnahmen ergreifen und ihre Autorität missbrauchen könnten, wie man das aus Kriegszeiten von der Armee her gewohnt ist. Für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, welchen Berger zu verfolgen vorgibt, steht dieser Plan in totalem Widerspruch. Auch wenn die Regierenden mit ihrem Vorschlag vermeintlicherweise die Arbeit der Polizeikräfte in Bezug auf die Identifizierung von vermutlichen Kriminellen erleichtern soll, muss die Massnahme eher für einen Beweis der Ineffizienz der Institution hinsichtlich der Öffentlichen Sicherheit interpretiert werden. Das Problem müsste auf struktureller Ebene angegangen werden, beruht ein Erfolg doch weniger auf der Existenz von InformantInnen als vielmehr auf einer effizienten polizeilichen Ermittlungspolitik.

Geld gegen Waffen

Mit der Idee, die guatemaltekeische Gesellschaft zu entwaffnen, will Präsident Oscar Berger den Plan "Geld gegen Waffen" ins Leben rufen. Zwischen 500 und 1'000 Quetzales (60 bis 120 US-\$) will er für jede abgegebene Waffe be-

zahlen, unabhängig davon, wer die Waffe abliefern. Es werde auch nicht nachgeforscht, woher die Waffe stamme, erklärte er das niederschwellige Programm.

Gemäss Otto Pérez Molina, präsidentalem Sicherheitskommissar, sind im Land etwa 500'000 unregistrierte Pistolen im Umlauf (im Gegensatz zu 60'000 registrierten), entsprechend rechnet er mit einem Erfolg der Programmes.

Die Kommentare von Sicherheitsfachleuten aus der Zivilgesellschaft zum Programm "Geld gegen Waffen" gehen von "naiv" bis "kontraproduktiv". Kritisiert wird der Zeitpunkt, zu dem das Programm durchgeführt wird, die Tatsache, dass keine vorherige oder begleitende Sensibilisierungskampagne geplant ist, und dass nicht, wie in anderen Ländern, Lebensmittel sondern Bargeld im Tausch gegen die Waffen geboten wird, mit dem jederzeit neue gekauft werden können. (In einer späteren Aussage räumte Innenminister Arturo Soto ein, anstelle von Geld könnten auch Haushaltsgeräte als Tauschobjekte für die Waffen in Betracht gezogen werden.) Weiter kritisieren Fachpersonen, dass sich ein grosser Teil der illegalen Waffen in Händen von Personen befindet, die dem organisierten Verbrechen nahe stehen und die keinerlei Interesse daran hätten, die Waffen abzugeben, bzw. lediglich ihre Zweit- oder Drittwaffe abgeben würden.

Die KritikerInnen des Programms fordern, dass zusätzlich die Gesetze und Bedingungen bezüglich dem Besitz und dem Tragen von Waffen verschärft sowie Massnahmen ergriffen werden, damit eine bessere Kontrolle darüber herrscht, wer eine Waffe trägt. Nicht selten käme es nämlich vor, dass autorisierte Waffenträger (z.B. Polizisten oder Sicherheitsagenten) ihre Waffe verkaufen, um sie nachher als "gestohlen" zu melden.

Tourismuspolizei

"Guatemala soll ein Land sein, das für TouristInnen und die Bevölkerung im allgemeinen sicher ist". Unter diesem Motto soll die Tourismuspolizei personell und institutionell gestärkt werden und in Zukunft dauerhaft Tourismusorte wie Antigua Guatemala, Tikal, Chichicastenango, den Atitlán-See sowie den Flughafen und von TouristInnen oft benutzte Strassen kontrollieren. Die Tourismuspolizei (POLITUR) soll von 325 auf 800 AgentInnen aufgestockt werden und ihr Lehrplan soll künftig auch die englische Sprache beinhalten. Auch die POLITUR setzt stark auf die Mitarbeit (sprich das Denunziantentum) der Bevölkerung.

Eng einher mit dem Tourismus geht eine generelle Investition, weshalb die Massnahme nicht nur Leute aus der Tourismusbranche sondern ganz allgemein den Handelssektor erfreut, denn, wie Alejandro Sinibaldi, Direktor des guatemaltekeischen Tourismusinstituts (INGUAT), sagt: "Die Tourismusindustrie ist zum zweitwichtigsten Devisenproduzenten geworden und eine wichtige Basis für die Schaffung formeller und informeller Arbeitsplätze. Sie wird auch Auswirkungen haben im Kommunikationsbereich, im Bankwesen, für das Bauhandwerk, die Nahrungsmittelindustrie und für das Kunsthandwerk." In seiner Freude ging Sinibaldi gar soweit, den Tourismus als eine "Aktivität des Friedens" zu bezeichnen.

Begleitete Überlandbusse

Als Massnahme zum Schutz der immer häufiger auftretenden Überfälle auf Überlandbusse setzte Sicherheitskommissar Otto Pérez Molina kombinierte Schutztruppen zu deren Begleitung ein. "Zum Schutz der Reisenden" begleiten je ein Polizist und ein Armeeehöriger neu die Überlandbusse in Richtung El Salvador, ins westliche Hochland sowie an der Südküste.

Das Phänomen der Überfälle auf Überlandbusse ist relativ neu, während Überfälle auf urbane Busse vor allem in der Hauptstadt an der Tagesordnung sind. Interessanterweise ist es bisher in den Überlandbussen meistens erst dann zu tödlich endenden Schiessereien gekommen, wenn ebenfalls bewaffnete Passagiere meinten, die Helden spielen und ihre Mitreisenden "beschützen" zu müssen.

Die Gewalt geht weiter

Während der *Semana Santa*, der Osterwoche, starben in Guatemala 104 Personen, davon wurden 65 mit Schuss- oder Stichwaffen umgebracht, 15 fielen unvorsichtigen AutofahrerInnen zum Opfer. (Im Monat Januar dieses Jahres verzeichnete die Menschenrechtsorganisation GAM 109, im Februar 151 gewaltsame Morde.) Diese Zahlen sind vergleichbar mit denen des Vorjahres und bedeuten, dass alle von der Regierung Berger eingeleiteten Sicherheitsmassnahmen nicht griffen: Weder die kombinierten Militär- und Polizeitruppen, noch die zusätzlich ausgeschickten Sicherheitskräfte, noch die aufgemotzte Tourismuspolizei. Wann merken wohl Präsident Berger und sein Sicherheitsstab, dass Gewalt weder mit Gegenwärtigen noch mit leeren Versprechen gestoppt werden kann?

Früher warst du Kommunistin, heute bist du Terroristin

Die Menschenrechtsaktivistin Helen Mack zum Thema Sicherheit

Frage: Wie sieht das Sicherheitskonzept der neuen Regierung aus?

Helen Mack: Die neue Regierung verfolgt bisher keine klare Linie in Sachen Sicherheit. Es bestehen vielmehr Widersprüchlichkeiten. Auf der einen Seite wurde General Otto Pérez Molina zum Kommissar für Sicherheit ernannt, der, um die Gewalt einzudämmen, Massnahmen ergriffen hat, die nicht unbedingt einer integralen Sicht von Sicherheit entsprechen, wie z.B. die kombinierten Militär-Polizei-Truppen, die auf der Strasse patrouillieren. Doch bereits die FRG-Regierung hatte bewiesen, dass diese Massnahme nicht hilft, um die Gewalt auf der Strasse zu verringern.

Es wird viel über das umstrittene "Mara-Gesetz" diskutiert, derweil die strukturellen Ursachen der Gewalt nicht in Angriff genommen werden. Berger hat zwar öffentlich verkündet, die Mitglieder von Jugendbanden in Rehabilitierungsprogramme zu stecken, aber wirklich unternommen wurde bisher nichts.

Es wurde ein Dekret verabschiedet für die Schaffung des *BeraterInnenrats für Sicherheit* (CAS), der aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammengesetzt werden soll. Seine Aufgabe ist, mittelfristige Sicherheitskonzepte auszuarbeiten, um die Transformation von einer nationalen zu einer demokratischen Sicherheit voranzutreiben. Aber auch hier weiss man noch nichts Konkretes und vor allem wissen wir nicht, wie ernst Berger diesen BeraterInnenrat und seine Vorschläge nehmen wird.

Frage: Welches sind denn die Vorschläge seitens der Zivilgesellschaft?

H. M.: Wir fordern in erster Linie die Reduktion des Militärs sowie ein neues Militärgesetz, das der Rolle des Militärs in Friedenszeiten gerecht wird. Wir fordern eine Revision des Gesetzes über die Geheimdienste sowie die Schaffung eines zivilen Geheimdienstes (im Gegensatz zum militärischen). Dazu gehört auch der Zugang zu Information seitens der Bevölkerung. Das Militär ist ja bekannt dafür, keine transparente Institution zu sein. Um überhaupt eine Änderung des Militärgesetzes auszuarbeiten, muss man zuerst gewisse Informationen über das Militär haben, die zu geben die Institution jedoch nicht bereit ist.

Wir fordern eine gänzlich neue Verteidigungspolitik, die klar ist bezüglich der realen Gefahren, denen eine Armee heute gegenübersteht und entsprechende Anpassungen. Damit zusammen hängt die Militärdoktrin, die unserer Meinung nach auch überdacht werden muss. Wir schla-

gen ein Revision der Militärjustiz und -gerichte vor, einen neuen Militärkodex, denn der aktuelle datiert aus dem Jahr 1800.

Frage: Wenn in Guatemala über "Sicherheit" gesprochen wird, ist immer eine militarisierte Sicherheit gemeint. Auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen beschränken sich meistens darauf. Begriffe wie Ernährungssicherheit, kulturelle oder soziale Sicherheit etc. kommen in diesen Diskursen selten vor..

H. M.: Oh doch, der *BeraterInnenrat für Sicherheit* geht von einem integralen Verständnis von Sicherheit aus. Gerade Fragen rund um die Ernährungssicherheit sind im Moment sehr aktuell, darum ging es u.a. ja auch bei der *Marcha Campesina* vom 30. März (siehe ¡Fijate! 307). Da ist die Forderung nach gesundheitlicher Sicherheit, nach Arbeits- oder nach juristischer Sicherheit: Was ist zu machen, damit die Justiz für alle gleich angewendet wird? Der CAS, der zusammengesetzt sein wird aus sieben VertreterInnen der Zivilgesellschaft, stellt genau diese Fragen. Im Moment findet noch das Auswahlverfahren statt, um Mitglieder des CAS vorzuschlagen, die dann vom Präsidenten ausgewählt und ernannt werden.

Frage: Es ist positiv zu werten, wenn der CAS diesen breiten Sicherheitsbegriff verfolgt, aber wer ist denn sein Gegenüber innerhalb der Regierung? An wen werden die Vorschläge gerichtet?

H. M.: Auch staatlicherseits gibt es einen Sicherheitsrat. Darin vertreten sind das Verteidigungsministerium, das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE), das Innen- sowie das Aussenministerium und das Wirtschaftsministerium. Konsequenterweise müsste aber auch die Justiz, sprich das Gefängniswesen, die Staatsanwaltschaft, die Polizei und die Gerichtsinstanzen mit einbezogen werden.

Frage: Wie beurteilst Du die Ernennung von Otto Pérez Molina zum Kommissar für Sicherheit?

H. M.: Diese Ernennung hat Anlass zu vielen Diskussionen gegeben. Leider müssen wir heute zugeben, dass Pérez Molina bisher ziemlich effizient gearbeitet hat, vor allem was die Manipulation der Medien betrifft. Er hat sogar Präsident Berger die Show gestohlen und alle Welt glaubt ihm, dass er die Gewalt im Griff hat.

Frage: Wobei er ja vor allem oberflächliche Massnahmen getroffen hat wie z.B. die kombinierten Patrouillen...

H. M.: Klar sind es oberflächliche Massnahmen, die in keiner Weise das Problem an der Wurzel angehen. Doch da die Leute nach Sicherheit schreien, kann Pérez Molina machen, was er will, er hat die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung. Vom öffentlich-politischen Standpunkt her ist das natürlich beunruhigend.

Frage: Was ist von einem Sicherheitskonzept zu erwarten, das ideologisch und finanziell von den USA unterstützt wird?

H. M.: Die USA sind an punktuellen Aspekten sehr interessiert, z.B. dem Kampf gegen den Drogenhandel, oder der Straflosigkeit-Frage. Bei dieser geht es ja genau um die juristische Sicherheit, was wiederum Grundvoraussetzung dafür ist, dass der Handel vonstatten gehen kann und ins Land investiert wird. Deshalb sind die USA auch so an der CICIACS, der *Untersuchungskommission von illegalen Körperschaften und geheimen Sicherheitsapparaten*, interessiert, weil dies eine Stärkung der staatlichen Institutionen bedeutet. Guatemala ist an US-amerikanischer Unterstützung interessiert in der Frage der Reduktion des Militärs. Dahinter versteckt sich das Interesse an einer Wiederaufnahme der Militärhilfe.

Frage: Von welcher Sicherheit sprechen wir also?

H. M.: Von einer Sicherheit, die die ganze Hemisphäre betrifft, und die zu einem grossen Teil den Interessen der USA gehorcht...

Frage: Was ist Deine grösste Sorge in Sachen Sicherheit in Guatemala?

H. M.: Am meisten Sorgen machen mir das Militär, der Staat – und die Guatemalteken selber. Wir haben nichts aus der Geschichte gelernt. Wir nehmen unsere Verantwortung nicht wahr bezüglich dessen, was im bewaffneten Konflikt passiert ist. Die damalige Sicherheitsdoktrin gilt auch heute noch: Früher warst du Kommunistin, heute bist du Terroristin. Solange das Militär nicht lernt, dass man Konzepte nicht immer wortwörtlich nehmen darf, sehe ich gar die Gefahr eines Rückschritts in die Vergangenheit.

Früher haben die USA ihre Sicherheitsdoktrin auf unsere Länder angewendet, heute applizieren sie sie im eigenen Land. Ich bin besorgt darüber, dass sich dies verschärft, dass unser Militär aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und es zu einer neuen Konfrontation kommt.

Vielen Dank für das Gespräch!

